1303 Mehrsprachigkeit als Recht umfassender ermöglichen

Antragsteller*in: Tobias Hasenberg
Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Auch wenn es in aktuellen Diskussionen oft anders klingt: Spracherwerb ist ein Recht, keine Pflicht. Insofern braucht es auf Landesebene eine Strategie, die umfassend Mehrsprachigkeit ermöglicht und mit Ansätzen auf Bundes- und EU-Ebene effektiv vernetzt. Egal, ob Rheinisch oder Romanes: NRW als Heimat der Vielfalt sollte in Zeiten der Glokalisierung sowohl die im Land benutzten Sprachen als auch Dialekte bestmöglich aktiv fördern und so erhalten – durch Angebote, die alle Menschen erreichen.

Begründung

Für alle Menschen, die in NRW leben und nach NRW kommen, gilt: Über das Grundgesetz hinaus, das vor Diskriminierung aufgrund der Sprache schützt, braucht es auch einen Schutz vor Diskriminierung der Sprache. Und dies nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis. Der Spracherwerb des Deutschen ist wesentlicher, aber nicht einziger Bestandteil einer echten Sprachenpolitik. Hierzu braucht es vom Land eine entsprechende Strategie mit konkreten Maßnahmen sowohl im Bildungs- als auch im Kulturbereich. Für mögliche Elemente vgl. den ersten Kommentar unter diesem Beitrag.

Unterstützer*innen

Grüne Jugend Rhein-Sieg